



Freiburg – Stadt für Alle?!

Etwa 500 Menschen trotzen dem Dauerregen und demonstrieren in Freiburg für bezahlbaren Wohnraum und eine Stadt für Alle

In Freiburg, Berlin und Hamburg protestierten am 10. November zahlreiche Menschen für ein Recht auf Stadt, gegen Verdrängung und hohe Mieten.

Die vom Netzwerk Recht auf Stadt getragene Demo in Freiburg hatte den Ansatz, symbolische Orte der Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum und einer unsozialen Stadtpolitik zu besuchen. Ständiger Begleiter war der Regen und ein völlig überzogenes Polizeiaufgebot. Die Route startete im Stühlinger Park und führte durch das Metzgergrün zum Klinikviertel, wo in den nächsten Jahren günstiger Wohnraum abgerissen werden soll.

Im Fokus der Kritik standen z.B. die Freiburger Stadtbau und der Bauverein. Beide Beispiele zeigen, dass weder Häuser im städtischen Besitz noch Häuser im Besitz einer Genossenschaft bezahlbaren Wohnraum garantieren. Sie alle treiben den Mietpiegel immer weiter in die Höhe und spielen munter das Spiel des Marktes.

In Reden wurde unter anderem auf die Situation von Studierenden gerade zum Semesterstart, die Zerstörung von selbstverwalteten Freiräumen und die unwürdigen Wohnverhältnisse von Flüchtlingen eingegangen. Ebenso wurde auf das ständige Herausfallen von Wohnungen aus der Sozialbindung und Gegenstrategien dazu eingegangen.

Am Ende der Demo zeigte sich, wie groß das Interesse am Wohnungs-Leerstand ist. In einem Innenhof der Barbarastraße wurden die zahlreichen leerstehenden Wohnungen des Bauvereins von der Polizei bewacht, bis auch die letzten Demonstrierenden gegessen hatten und abgezogen waren. „Der eigentliche Skandal ist, dass Häuser leerstehen und wir sie nicht besetzen“, empört sich Elfriede Wohlgefall aus der Nachbarschaft.

Die Demonstrationen haben ein bundesweites Medien-Echo ausgelöst und hoffentlich Debatten angestoßen, die über die einzelne Stadt hinaus gehen. Es muss mehr Initiativen wie die im Metzgergrün und im Klinikviertel geben, die sich gegen den Abriss einsetzen. Das Recht auf Stadt Netzwerk lädt Alle ein, sich mit uns zusammen zu organisieren, sich selbst in den Stadtteilen zu organisieren, damit Freiburger

RECHT - AUF - STADT - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr** im Syndikats-Büro auf dem Grethergelände (Adlerstr. 12). Das nächste Treffen findet am **14. Dezember** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Stadtpolitik von A-Z zu finden auf
www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 14.12. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr
- 11./18.12. Gemeinderatssitzungen | jeweils 16.15 Uhr
Immer wieder aktuelle Termine:
www.rechtaufstadt-freiburg.de

KOMMENTAR

SOZIALE DURCHMISCHUNG!!!

In der Debatte um hohe Mieten und Verdrängung wird immer wieder der Begriff der „Sozialen Durchmischung“ ins Spiel gebracht. Der Begriff erweckt den Eindruck, daß Armut, wenn sie nur richtig auf die Stadt verteilt wird, in Ordnung ist.

Doch kann es nicht darum gehen Armut „gerecht“ zu verteilen, viel mehr müssen die Wurzeln von Armut und Ausgrenzung bekämpft werden. Eine Möglichkeit, um auf die Miethöhen und somit die Verdrängung Einfluss zu nehmen besteht durch den "Milieuschutz" – hierbei können in ganzen Quartieren die Mieten eingefroren werden.

Oft wird der Begriff auch verwendet, wenn es darum geht, teure Neubauprojekte zu legitimieren (so z.B. im Freiburger Westen). Hier wird argumentiert, es müsse eine andere Sozialstruktur im Stadtteil erreicht werden. Dabei geht es aber nicht um die Verbesserung der ökonomischen Situation der dort lebenden - oft finanzschwachen - Menschen, sondern um deren Verdrängung.

Daher wenn schon mischen:
Dann die sozialen Verhältnisse aufmischen!

Stadtpolitik nicht mehr widerstandslos nur für Reiche gemacht werden kann.

**GEBURTSGESCHENK:
ABSCHIEBUNG!**

Wie *rdl.de* berichtete, soll ein 3 Monate alter Säugling „ausreisen“. Denn „in Anbetracht Ihres erst kurzen Aufenthaltes im Bundesgebiet [ist dies] auch verhältnismäßig“. Ob dem 90 Tage alten Säugling eine Mitverantwortung für seine erst kürzliche Geburt in Freiburg zugesprochen wird, bleibt unklar.

**ZWANGSRÄUMUNG?
VERHINDERT!**

In Berlin wurde Ende Oktober eine Zwangsräumung mittels Sitzblockaden verhindert. Die von Räumung bedrohte Familie lebte bereits 35 Jahre in der Wohnung, und sollte nach jahrelangen rechtlichen Auseinandersetzungen auf die Straße gesetzt werden. Parallel zu der Sitzblockade, besuchten mehrere Dutzend Menschen das Büro des Vermieters um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Es gab in der Folge sogar Solidaritätsgrüße aus Spanien: dort ist die Verhinderung von Zwangsräumung schon oft Alltag.

<http://zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de>

TOD BEI ZWANGSRÄUMUNG

In Spanien sprang eine Frau (53) beim Versuch der Zwangsräumung ihrer Wohnung in den Tod. Infolge dessen und der andauernden Proteste gegen Zwangsräumungen (bei ca. 500/Tag) wollen die Regierung und der Bankenverband nicht mehr ganz so rigoros Räumen und „soziale Härten“ anerkennen.

**GENTRIFIZIERUNG IM
INSTITUTSVIERTEL**

In der Katharinenstraße wurde fleißig aufgewertet (Zäune, Balkone, ...) und umgewandelt. So befinden sich dort nun immer mehr Geschäftsräume, die zuvor als Wohnraum genutzt wurden. Zu den neuen GewerbemieterInnen gehören auch sehr dubiose wie z.B. eine Initiative, die sich mit „Spontanheilung bei AIDS“ beschäftigt! Eine sinnlose und für die Betroffenen gefährliche Verwendung von dringend benötigten Wohnraum. Darüber hinaus sind von den ursprünglich 4 WGs nur noch eine übrig und auch dieser wird es vom Freiburger Investor Wolfgang Fehr so ungemütlich wie möglich gemacht. Die WG befindet sich aktuell in einem Rechtsstreit, so stehen sie

unter anderem wegen eines Transparent "Miethaie zu Fischstäbchen" vor Gericht.

Hinweis: Wer vor Gericht gezogen wird und sich Öffentlichkeit und Unterstützung wünscht, kann sich gerne an das „Recht auf Stadt“ - Netzwerk wenden.

FSB SOLL EISSTADION BAUEN

Nachdem die Stadtbau aus den Mieteinnahmen ihrer finanzschwachen MieterInnen ein Hotel (Vauban) und ein Kunstdepot gebaut hat, soll nun nach Plänen, die im Sportausschuss diskutiert werden, auch noch ein Eisstadion gebaut werden. Für Instandsetzungen und Senken der Mieten bleibt natürlich kein Geld übrig (*rdl.de*).



ANSCHLAG AUF GARTENSTRASSE

In der Nacht auf den 28. Oktober verübten Unbekannte einen Anschlag auf den Infoladen der besetzten Gartenstraße 19. Dabei wurden zahlreiche Fenster eingeschlagen sowie Feuer gelegt. Die BZ brauchte eine Woche, um darüber recht verharmlosend zu berichten.

**HAUSBESETZERINNEN
GEFÄHRLICHER ALS NAZIS**

Es ist nun bekannt, daß der Verfassungsschutz, der mit seinem V-Mann-System („Nazi-BAföG“ heute-show) und der aktiven Verwicklung in den NSU-Morden Schlagzeilen macht, in Hamburg HausbesetzerInnen überwacht. Und in Freiburg?

LEERSTAND ZU WOHNRAUM

In Paris gingen Ende Oktober mehrere

hundert Menschen auf die Straße, um für die Legalisierung von Hausbesetzungen zu demonstrieren. Es ist eindeutig dem Kapitalismus zu schreiben, dass Wohnraum leersteht und gleichzeitig Menschen auf der Straße leben oder Großteil ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen.

Auch in Freiburg werden diesen Winter wieder Menschen auf der Straße schlafen, obwohl Häuser leerstehen!

ZWANGSRÄUMUNG VERHINDERT

Seit dem 5.11. ist es nun amtlich: Der letzte Mieter in der Johann-Sebastian-Bachstraße darf nicht aufgrund der Renditeinteressen der FSB mittels Räumungsklage auf die Straße gesetzt werden. Sein Mietverhältnis bleibt weiter bestehen. So lebt Herr P. weiter in 'seiner' Ruine (der Abriss des ganzen Straßenzuges ist bereits soweit fortgeschritten, dass links und rechts der Wohnung nur noch Trümmer übrig sind.)

Dadurch wurde erneut aufgezeigt, daß die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum von Seiten der FSB, nicht widerstandslos hingenommen werden muss! (*rdl.de*)

GESETZESINITIATIVEN

Aktuell gibt es eine Bundesratsinitiative, die einige Änderungen bei den Regeln für WohnungsmarklerInnen durchsetzen will. So soll zukünftig diejenige Person die MarklerInnen zahlen, die sie beauftragt: also meist die VermieterInnen!

Gleichzeitig gibt es Änderungsentwürfe auf Bundesebene, durch die es für VermieterInnen einfacher werden soll, MieterInnen z.B. bei Mietrückständen fristlos zu kündigen. Ebenso sollen MieterInnen zukünftig energetische Sanierungen ohne Mietminderung erdulden und anschließen voll bezahlen.

**BESETZERINNEN-SENIOREN
ERFOLGREICH**

Nach mehr als 100 Tagen Besetzung ihres Seniorentreffs ist in der „Stillen Strasse“ in Berlin laut gejubelt worden.

Mit ihrer Besetzung haben sie die von der Bezirksregierung geplanten Schließung abgewendet und können nun für mindestens ein Jahr weiter dort bleiben. Gleichzeitig wird verhandelt den Treff mit einem Träger auch langfristig zu erhalten.

<http://stillestrasse10bleibt.blogspot.eu>